58. Jahrgang No. 317

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 10. Juli 1910

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gross-Berlin: 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.80 und vierteljährlich Mark 2.40. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftswort 12 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Telephon Amt I, Nr 1013 — 1014. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbusserstr. 1, Wienerstr. 1—4, Frankfurter Allee 61—62, Gr. Frankfurterstr. 81 und 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 12, Konigstrasse 66/67, Rathenowerstr. 5, Potsdamerstr. 35, Leipzigerstr. 108, Bücherstrasse 6, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstrasse 54, Scharrenstr. 36, Friedenau: Steglitz, Rheinstrasse 39, Gross-Lichterfelde West, Carstrasse 1—3, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Pankow, Bornholmerstr. 1, Rixdorf, Berlinerstrasse 41, Schöneberg, Hauptstr. 156, Tegel, Berlinerstrasse 90, Weissensee, König-Chaussee 61 b, Wilmersdorf, Uhlandstrasse 29/30.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die moderne Völkerwanderung.

Die Zeit der „Völkerwanderung", wie man die Periode des 4. bis 6. Jahrhunderts n. Chr. nennt, hat im Westen und Süden Europas umfassende Wohnsitzwechsel ganzer Volksstämme mit sich gebracht. Aber wie groß man auch diese Massenverschiebungen ganzer Völker annehmen mag — genaue Ziffern lassen sich dafür natürlich nicht angeben —, das eine steht unverbrüchlich fest: die Ziffern, mit denen man dabei zu rechnen hat, bleiben weit zurück hinter denen, die bei der modernen Völkerwanderung in Betracht kommen. Wir haben von der „modernen" Völkerwanderung, die wir hier im Sinne haben, wiederholt an dieser Stelle gesprochen. Sie ist das uns allen bekannte Produkt der berühmten „nationalen Wirtschaftspolitik", die Fürst Bismarck im Jahre 1879 zuerst androhte, und die er später durch den Ausbau der Hochschutzzoll- und der Getreidezoll- und Liebesgabenpolitik mit einer Zähigkeit durchführte, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Daß diese Politik nach Bismarcks Rücktritt und nach seinem Tode unter gleichzeitiger maßloser Erhöhung der Ausgaben für den Militarismus zu Wasser und zu Lande von den verbündeten Agrariern und Klerikalen mit gesteigerter Skrupellosigkeit fortgesetzt wurde, ist bekannt. Daß sie das Deutsche Reich zu einem furchtbaren Finanzjammer führte, ist gleichfalls bekannt: Die traurige „Finanzreform" ist die herrliche Blüte am Baume der finanziellen und wirtschaftspolitischen Mißwirtschaft, unter der das Deutsche Reich seit Jahren seufzt. Die annähernd fünf Milliarden Schulden, die vom Jahre 1875 ab, nach der Verpulverung der französischen Kriegsentschädigung, gemacht worden sind, sollen nur ganz nebenbei erwähnt werden.

Die „nationale Wirtschaftspolitik" hat im Laufe der vielen Jahre, die sie nun schon dauert, Hunderttausende von deutschen Arbeitern und Handwerkern übers Meer getrieben. Sie hat auch durch die künstliche Begünstigung der Ueberproduktion in vielen Industriezweigen wiederholt zu schweren Krisen geführt, in denen Zehntausende von deutschen Arbeitern feiern mußten. Und sie hat — und dabei tritt das wahrhaft Karikaturmäßige dieser „nationalen" Wirtschaftspolitik in die Erscheinung — dazu geführt, daß die maßlos aufgestachelte Begehrlichkeit der schutzzoll- und liebesgabengesegneten Industriekönige und Großagrarier erst zu Tausenden und dann zu Zehntausenden, schließlich zu Hunderttausenden ausländische Arbeiter als Lohndrücker gegen die deutschen Arbeiter ins Land gezogen hat. Zu Hunderttausenden! Ja wohl! In manchen Gegenden des industriellen Westens glaubt man sich in polnische Dörfer und Städte versetzt — so stark ist dort der industrielle ausländische Lohndrückertypus vertreten. In Wahrheit handelt es sich hier um eine moderne „Völkerwanderung". Wie dadurch bereits das nationale, politische und kirchliche Leben bedrängt wird, dafür haben wir erst kürzlich an dieser Stelle verschiedene Beispiele angeführt. So wollen die polnischen Industriearbeiter des Westens schon nichts mehr von den deutschen Geistlichen wissen, die es schwer haben, das Deutschtum gegenüber den großpolnischen Aspirationen der zugewanderten Polen hochzuhalten.

Sonderbare Folgen der famosen „nationalen Wirtschaftspolitik", die den deutschen Arbeiter entweder übers Meer schickt oder ihn mittels der erdrückenden Konkurrenz der Schleuderlohnunterbietung durch die ins Land gelockten ausländischen Arbeiter in seiner Lebenshaltung um so mehr hinabdrückt, je mehr der Wert des Geldes durch die agrarische Interessen- und Lebensmittelverteuerungspolitik andauernd vermindert wird!

Diese in ihren Wirkungen eminent antinationale „nationale Wirtschaftspolitik", auf die wir seit Jahren als auf eine Karikatur wirklich nationaler Politik hingewiesen haben, beginnt jetzt selbst in konservativen Kreisen auf schwere Bedenken zu stoßen. So beschäftigt sich die von Dr. Viktor Böhmert begründete „Sozial-Korrespondenz" in ihrer jüngsten Nummer mit dem Massenzuzug der ausländischen Arbeiter. Diese Korrespondenz sagt unter anderem:

> Wenn diese Arbeiter in einem bestimmten Industriezweige die einheimischen verdrängt haben, wenn sich der ganze Organismus des Betriebes auf der ausländischen Arbeit aufbaut, so ist es außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich, den betreffenden Zweig wieder für die nationale Arbeit zu erobern. Am gefährlichsten ist das im deutschen Osten. Der deutsche Landarbeiter macht dem genügsameren und gefügigeren polnischen Landarbeiter Platz, und damit wird er **langsam aber sicher von der Scholle verdängt.** Es gibt also keine Frage, die für unser nationales Wirtschaftsleben wichtiger ist, als die der ausländischen Arbeiter.

Leider wird die große Berufszählung vom Jahre 1907, die mit so gewaltigen Kosten durchgeführt wurde, diese Frage fast ganz unbeantwortet lassen. Die Frage nach der Muttersprache, die von den statistischen Fachmännern dringend gefordert wurde, ist vom Reichstage zugunsten der ziemlich bedeutungslosen Frage nach dem Religionsbekenntnis fallen gelassen worden. (Natürlich!) Auch die anderen statistischen Quellen fließen in bezug auf die ausländischen Arbeiter spärlich. Die Landesversicherungsanstalten würden ein sehr wertvolles fortlaufendes Material über diese Arbeiter publizieren können, aber es ist noch nichts zur Ausnutzung getan worden. Ebenso könnten die in Preußen vorgeschriebenen Anmeldungen bei den Polizeibehörden (Landratsämtern usw.) nutzbar gemacht werden. Aber auch hier findet keine regelmäßige Bearbeitung des vorhandenen Materials statt.

Selbstverständlich ist es den Industriemagnaten und Latifundienbesitzern fatal, vor der Oeffentlichkeit festgestellt zu sehen, wie stark die fremde Arbeiter„invasion" ist, und so hat die im Fahrwasser der „nationalen Wirtschaftspolitik" segelnde Reichstagsmehrheit aus guten Gründen eine genaue Statistik der modernen Völkerwanderung hintertrieben. Immerhin sind die entscheidenden Ziffern kein Geheimnis geblieben. Die Aufklärung kam zuletzt aus — Preußen.

Bei den Verhandlungen der mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz in Berlin am 17. und 18. Mai 1909 hielt Herr Regierungsassessor Dr. Bodenstein (Essen) einen Vortrag über die Organisation des Arbeitsmarktes. Herr Dr. Bodenstein war dabei in der Lage, infolge eines besonderen Entgegenkommens des preußischen Ministeriums des Inneren einige Zahlen aus den Ausländerlisten, die an den preußischen Landratsämtern geführt werden, vorzutragen. Danach betrug die Zahl der ausländischen Arbeiter allein in Preußen in den Jahren 1905 bis 1908:

	insgesamt,	davon in der Landwirtschaft
1905	454 000	207 000
1906	605 000	236 000
1907	733 000	258 000
1908 . . .	**780 000**	**309 000**

Es ist also in den letzten vier Jahren eine geradezu erstaunliche Zunahme der ausländischen Arbeiter in Preußen eingetreten. Und das in einer Zeit, die keineswegs als besonders günstig bezeichnet werden kann, und in der Zehntausende deutscher Arbeiter feiern mußten!

Mehr als ¾ Millionen ausländischer Arbeiter als Lohndrücker gegen den deutschen Arbeiter kennzeichnen den „Segen" der „nationalen Wirtschaftspolitik", die heute noch von den industriellen Hochschutzzöllnern und agrarischen Liebesgabenempfängern als die Blüte teutschen Geistes bis in den Himmel gehoben wird. Niemals ist eine Phrase verlogener gewesen als die von der „nationalen Wirtschaftspolitik". Das beweist die moderne Völkerwanderung, von der diese Ausführungen sprechen!

Eine verfehlte „Verwahrung".

In der letzten Sitzung der Strafprozeßkommission des Reichstages glaubte der Wortführer der Freisinnigen Volkspartei „Verwahrung" einlegen zu sollen gegen unseren Artikel vom 8. Juli über die Haltung der freisinnigen Vertreter in der Kommission, der angeblich „ebenso unwahre wie tendenziöse Mitteilungen" über Abstimmungen der Fortschrittlichen Volkspartei in der Strafprozeßkommission enthält. Der Vorsitzende der Kommission erklärte, daß er wohl im Sinne der ganzen Kommission spreche, wenn er das Bedauern über derartige Zeitungsartikel zum Ausdruck bringe.

Diese allgemeinen Wendungen des „Wortführers" der Fortschrittlichen Volkspartei besagen nichts. Wir hatten 10 Punkte genau angeführt, in denen die Haltung der Vertreter der Volkspartei kritisiert wurde. Diese unsere spezifizierten Angaben sind nicht widerlegt worden. Mit der allgemeinen und vagen Bezeichnung „tendenziös" ist am wenigsten irgend etwas widerlegt. Folglich hätte es sich der Wortführer der Fortschrittlichen Volkspartei ersparen können, die Kommission mit seinen Schmerzen über unsere Kritik zu behelligen. Daß man „derartige" Zeitungsartikel „bedauert", beweist gleichfalls nichts. Wer ein parlamentarisches Amt ausübt, muß sich nun einmal eine Kritik seiner politischen Haltung gefallen lassen, und wenn eine ganze hochwohllöbliche Kommission ihr „Bedauern" darüber ausspricht. Man zeige uns, wenn man kann, in welchen der von uns angeführten zehn Punkte wir Unrecht haben, und wir sind selbstverständlich gern bereit, jeden etwaigen Irrtum richtigzustellen.

Falsche Steuereinschätzungen.

Im ganzen sind im letzten Jahre in Preußen 772 943 Steuererklärungen abgegeben worden; von diesen mußte mehr als ein volles Drittel beanstandet werden, und in 190 005 Fällen haben diese Erörterungen zu einer Berichtigung des Endergebnisses der Steuererklärungen geführt. Mithin hat bei einem Viertel aller Steuerpflichtigen die abgegebene Erklärung über das steuerpflichtige Einkommen der Veranlagung nicht zugrunde gelegt werden können. Und wenn in fast drei Vierteln aller Fälle die Beanstandung zu einer tatsächlichen Berichtigung führte, so ergibt sich hieraus, daß sich die Erörterungen im wesentlichen auf solche Fälle beschränkt haben, wo ein begründeter Anlaß zur Nachprüfung vorlag. Durch die erfolgreichen Beanstandungen sind 347 Millionen Mark an steuerpflichtigem Einkommen mehr ermittelt. Und hieraus ergab sich eine Steigerung an Einkommensteuer von 11,6 Millionen Mark.

In den letzten 12 Jahren sind durch Beanstandungen im ganzen 106 Millionen Mark an Einkommensteuer mehr gezahlt worden. Die größten Mehrerträge durch Beanstandungen wurden erzielt in Berlin, Potsdam und Düsseldorf; in starkem Abstande von diesen drei Orten folgt Arnsberg, Köln, Breslau, Oppeln, Schleswig und Wiesbaden. An Strafverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen das Einkommensteuer- und Ergänzungssteuergesetz waren im letzten Jahre 1926 anhängig. Bei den 84 rechtskräftig entschiedenen Fällen wurden Geldstrafen im Betrage von 28 595 Mark verhängt.

Was in Allenstein möglich ist.

Im „Amtlichen Kreisblatt" des Kreises Osterode findet sich folgende „Bekanntmachung":

> Hund, großer grauer Pinscher, Rufnamen „Thomas", mit Lederhalsband, ohne Abzeichen, in der Gegend von Stabigotten verloren gegangen.
>
> Auf seine Wiedererlangung hat der Besitzer, Regierungsassessor Hefter-Allenstein, Kaiserstraße 17 eine erhebliche Belohnung ausgesetzt.
>
> Im Falle der Ergreifung des Hundes wird um sofortige Benachrichtigung des Eigentümers gebeten, ebenso für den Fall, daß ein ähnlicher Hund irgendwo verendet oder erschossen aufgefunden werden sollte.
>
> Allenstein, Juni 1910. Der Landrat.

Sonst, wenn irgendeinem Menschen ein Hund abhanden gekommen ist, muß er sich selbst um die Wiedererlangung des Hundes bemühen. Im Kreise Allenstein scheint dies Geschäft für die Kreiseingesessenen der Landrat ex officio zu übernehmen; denn seine Hundeauslobung findet sich unter den behördlichen Anzeigen. Man sieht wieder einmal: Allenstein in der Welt voran!

Auch eine „Auszeichnung"! Wie man auf denkbar bequeme Weise und ohne auch nur einen Finger zu rühren, zu einer „Goldenen Medaille" kommen kann, zeigt ein aus Paris datiertes Schreiben, das einer angesehenen süddeutschen Firma jüngst zugegangen ist und von dieser der „Ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie" zur Verfügung gestellt wurde. Von einer ihr bis dahin unbekannten Pariser Persönlichkeit wird darin der Firma eingeschrieben mitgeteilt, es sei ihr auf einer „Exposition Internationale Paris 1910" das „Diplom zur großen goldenen Medaille erster Klasse" zuerkannt worden. Diese freudige Botschaft kam der Firma um so überraschender, als sie überhaupt gar nicht ausgestellt und auch von der Existenz einer solchen — übrigens völlig obskuren — Ausstellung bis dahin nichts gehört hatte. Was es indes mit dieser sonderbaren Auszeichnung für eine Bewandtnis hat, ergibt sich deutlich genug, wenn der so freigebige Briefschreiber mit den liebenswürdigsten Glückwünschen zugleich die Aufforderung verbindet, nach Empfang der — aus Sparsamkeitsgründen nur vergoldeten — Medaille und des Diploms, das überdies vom Ministerium des Aeußeren noch legalisiert werden solle, die entstandenen Kosten durch einen Scheck auf Paris zu begleichen! Ein adressiertes Kuvert ist für diesen guten Zweck schon beigefügt. Der famose Pariser Ausstellungsritter hat also seinen Köder so schmackhaft und bequem wie möglich gemacht, und es fehlen nur noch die Dummen, die darauf hineinfallen und die — auch so durchsichtigen Schwindelmanövern gegenüber — noch immer nicht alle werden wollen.

Der Straßburger Spionageprozeß.

Wie ein Telegramm aus Leipzig meldet, wurde gestern im Spionageprozeß betreffend den Verrat militärischer Geheimnisse die Kommissionärin Anna Zarlenga aus Straßburg zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt, Kaufmann Albert Luck und Geschäftsagent Alois Weistopf, beide aus Straßburg, erhielten je vier Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust, Kaufmann Karl Luck-Straßburg wegen Beihilfe zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Bei allen wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Die Untersuchungshaft wurde teilweise angerechnet. Die Kellnerin Josefine Mauch in Lahr wurde freigesprochen.

Der Papst bedauert schon wieder.

Wie aus Haag berichtet wird, hat einer amtlichen Mitteilung zufolge der holländische Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl im Namen des Papstes am 6. Juli ein Schreiben an den Minister des Aeußern gerichtet, worin dieser gebeten wird, der Königin mitzuteilen, der Papst habe mit Bedauern die irrtümliche (!) Auslegung der Enzyklika in den Niederlanden vernommen und lasse der Königin versichern, daß er darin keineswegs die Fürstin des Hauses Oranien noch die Vorfahren der nichtkatholischen holländischen Untertanen im Auge gehabt habe.

Also auch die Oranier nicht. Wen in aller Welt hat der Papst eigentlich gemeint?

Der Nachfolger Kiderlen-Wächters. An Stelle des zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts ernannten v. Kiderlen-Wächter geht der Geheime Legationsrat Dr. Rosen, bisher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Tanger, nach Bukarest. An dessen Stelle tritt Freiherr v. Seckendorff, der während des Bogerstandes Legationssekretär in Peking war und jetzt in Sofia tätig ist.

Heimarbeitsausstellung in Brüssel.

Auf der Brüsseler Weltausstellung ist, wie wir schon kurz meldeten, eine Heimarbeitsausstellung eröffnet worden. Ein Telegramm meldet uns:

Die Ausstellung wird von einem gemischten Komitee geleitet, das Mitglieder von drei großen politischen Parteien umfaßt, und dem unter anderen der liberale Oberbürgermeister von Brüssel, Marx, der klerikale Abbé Rutten und der sozialdemokratische Abgeordnete Caville-Huysmans angehören. Die Ausstellung verfolgt den Zweck, den sozialen Tiefstand und das Elend der Heimarbeit in Belgien aller Welt vor Augen zu führen und dadurch für die Abschaffung der bisherigen großen Mißstände und Propaganda zu machen. Die Heimarbeitsausstellung führt die Arbeitsbedingungen in der Heimarbeit grell vor Augen und läßt jeden Besucher einen Einblick in das Milieu einer Anzahl von Zweigen der Heimarbeit tun. Besonders hervorzuheben ist die Abteilung